

Wädenswil und die Folgen oder: Wenn Gleichstellung konkret wird

Autor(en): **Larcher, Marie-Therese**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **50 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wädenswil und die Folgen oder: Wenn Gleichstellung konkret wird

Nach der Abstimmung über die weiblichen Personenbezeichnungen in der Gemeindeordnung von Wädenswil gaben die Gleichstellungsbüros der Kantone Zürich und Basel-Stadt sowie der Stadt Zürich beim Institut der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung eine Analyse in Auftrag. Das Ergebnis: Es werden zwar Fortschritte festgestellt, doch Schwierigkeiten tauchen sofort auf, sobald es um konkrete Gleichstellungsmassnahmen geht. Marie-Therese Larcher berichtet:

Neben dem 1990 erschienen Bericht "Nehmen Sie Platz, Madame" der Eidg. Kommission für Frauenfragen ist diese Studie die aktuellste Untersuchung über die Einstellung der Bevölkerung zu Gleichstellungsfragen. Sie zeigt, dass ein starker Zusammenhang besteht zwischen der allgemeinen Befürwortung von Gleichstellungsanliegen und der Befürwortung sprachlicher Gleichstellung. Allmählich scheint das Zeitalter der sprachlich "mitgemeinten" Frauen zu Ende zu gehen.

Gründe für ein Nein in Wädenswil

Warum lehnte der Wädenswiler Souverän die Gemeindeordnung schliesslich ab? Anstoss erregten die provokativen weiblichen Personenbezeichnungen. Verschiedene Wählerinnengruppen nahmen die Vorlage mehrheitlich an, nämlich: 26-45jährige Frauen, erwerbstätige, politisch eher links stehende sowie Frauen mit höherer Schulbildung. Bei den Männern stimmten einzig die politisch eher links stehenden der Vorlage zu.

Aus diesem Sachverhalt darf indessen nicht die Ablehnung jeglicher Bemühungen um die sprachliche Gleichstellung der Geschlechter geschlossen werden. Je rund ein Drittel der Angefragten fanden, Frauen seien bei männlichen Personenbezeichnungen nicht selbstverständlich "mitgemeint" oder diese seien gar eine Zumutung für die Frauen. Der Übergang von dieser Erkenntnis zur schwarz-weissen Wirklichkeit einer Gemeindeordnung scheint für die Mehrheit heute noch eine Zumutung zu sein. Wenn das nicht Emotionen sind, was ist es dann?

Das liebgewordene Rollenverständnis

6'682 stimmberechtigte Frauen und 5'721 stimmberechtigte Männer wurden nach ihrem Rollenverständnis befragt. Rund die Hälfte der Männer stimmte dem Satz zu: "Am besten ist es, wenn der Mann arbeitet und die Frau für Kinder und Haushalt sorgt." Einzig eher links stehende und jüngere Männer stimmten dagegen der Aussage zu: "Am

besten ist: Mann und Frau sind berufstätig und teilen sich in die Familienarbeit."

Bei den Frauen entschieden sich eine Mehrheit der 18-25jährigen (erwerbstätige, politisch links UND rechts stehende) Frauen für die partnerschaftliche Form. Eine Mehrheit der über 46jährigen Frauen und Frauen mit tiefer Schulbildung waren für die hergebrachte Rollenteilung. Die grösste Anzahl Ja-Stimmen erhielt die "weibliche" Gemeindeordnung von den Frauen der Altersgruppe 26-45. Die Studie schliesst daraus, dass die jüngeren Frauen noch "nicht im selben Ausmass mit geschlechtsgebundenen Rollenvorstellungen und den damit zusammenhängenden Einschränkungen im privaten Alltag und im Erwerbsleben" konfrontiert sind. Diese "diplomatische Umschreibung" bezeichnen wir schlicht als "Diskriminierung".

Einstellung zu Quoten

Die Frage in der Umfrage lautete: "Akzeptieren Sie Quoten (feste Frauenanteile z.B. im Parlament, in den Parteien oder Kommissionen), um mehr Frauen in die Politik zu bringen?"

Die Antworten zeigen deutlich, dass die Diskussion um die sprachliche Gleichbehandlung mitnichten ein Kampf auf einen Nebenschauplatz der Gleichstellungspolitik ist. Es sind durchwegs ähnliche Gruppen wie die oben bereits genannten, die hier jeweils mit ja oder nein antworteten.

Für Quoten in der Politik waren 52% der

18-25jährigen Frauen, 46% der 26-45jährigen und 45% der über 45jährigen Frauen. Von den Männern waren nur 32% (31% der über 46jährigen) dafür. Bei der Gruppe der jüngeren Frauen ist hier seit 1988 eine deutliche Zunahme festzustellen. Auch die Bildung scheint sich auszuwirken. Männer und Frauen mit mittlerer und höherer Bildung verhalten sich anders als vergleichbare Gruppen mit tieferer Bildung: Bei beiden Geschlechtern sinkt die Akzeptanz von Quoten mit der höheren Bildung.

Die politischen Sympathien "eher links", zur "mitte" bis "eher rechts" wirken sich sowohl bei Frauen wie bei Männern aus: Frauen stimmen Quoten mit 57%, 50% und 27% zu, Männer mit 35%, 33% und 14%.

Die Zeiten werden härter

Nach dieser Untersuchung haben sich die Unterschiede in der Einstellung zu Gleichstellungsforderungen bei Männern und Frauen in den letzten fünf Jahren vergrössert. "Während Frauen über das ganze politische Spektrum hinweg gleichstellungsrelevanten Forderungen gegenüber aufgeschlossen sind, bzw. solche aktiv vertreten, besteht bei Männern eine Abwehrhaltung. Die politische Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern wird sich in Zukunft verschärfen, wenn sich die Männer auf traditionelle Werte zurückziehen."

Die Frauen dürfen sich bei aller Anerkennung der in den letzten 25 Jahren gemachten Fortschritte nicht auf den Lorbeeren ausruhen, denn das wäre der sich verschärfenden Auseinandersetzung nicht dienlich.